

24.01.2009

Nach über 6 Stunden Haushaltsberatung:

Unverändert über 5 Millionen EUR Defizit

Bruchköbel.- Die Hoffnung, dass der Magistrat der Stadt Bruchköbel noch Vorschläge zur Verringerung des einmalig hohen Defizits einbringen würde, hätten sich leider nicht erfüllt. Fast unverändert betrage das Defizit über 5 Mio. EUR. Dies führe dazu, dass der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) dem Haushalt nicht zustimmen könne. Nur CDU und Grüne könnten sich wohl hiermit abfinden und stimmten der Vorlage von Bürgermeister Maibach zu. SPD und FDP enthielten sich, obwohl ihre Hauptforderungen nicht erfüllt wurden. „Von den Forderungen zu radikalen Einsparungen in der Haushaltsrede des Bürgermeisters ist nichts, aber auch gar nichts zu sehen. Der nun vorliegende Haushalt sieht sogar eine Personalaufstockung in der Verwaltung vor. Man dürfe nun gespannt auf die nächste Stadtverordnetensitzung sein, ob dieser in der Geschichte Bruchköbels einmalig schlechte Haushalt eine Mehrheit finden werde. 5 Mio EUR Defizit im Ergebnishaushalt und eine Unterdeckungssumme von 18,5 Mio EUR bis 2012 seien nicht zu akzeptieren. Der BBB ist sich seiner Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger Bruchköbels sowie der künftigen Generationen bewusst und wird hierfür keine Zustimmung geben,“ so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold weist darauf hin, dass es sich bei den Defizitbeträgen nicht nur um Verschuldungsprobleme handele, sondern um den Verbrauch von Mitteln, denen keine Einnahmen gegenüberstünden, und damit um ein „Leben von der Substanz“.

Aber es gebe aus Sicht des BBB auch Positives zu vermelden. Die Forderung des BBB zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Oberissigheim wurde auch von der CDU und SPD aufgenommen. So fand sich eine breite Mehrheit für den notwendigen Kauf eines Fahrzeuges und den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses. Dagegen äußerte der BBB Bedenken, gegen einen Antrag zur gemeinsamen finanziellen Verwaltung aller Feuerwehren Bruchköbels durch einen runden Tisch. Erstens sei die Koordination und Organisation gesetzliche Aufgabe des Bürgermeisters, zu der er eigentlich nicht durch einen Stadtverordnetenbeschluss „getragen“ werden müsse. Zweitens komme in diesem Antrag ein ungerechtfertigtes Misstrauen gegenüber

den Feuerwehren zum Ausdruck. Die wirkliche Zielrichtung werde in Begründung deutlich. Dort heißt es u.a.: „Das Ziel soll ... ein Konzept sein,.... ohne einzelne Wehren vollständig aufzulösen.“ Es handele sich also in Wahrheit um den Einstieg in den Ausstieg aus den Stadtteilwehren. Der BBB unterstützte demgegenüber den Wunsch der Feuerwehren nach Eigenständigkeit und könne deshalb diesen gemeinsamen Antrag der anderen Parteien nicht unterstützen.

Erfreulich sei dagegen, dass der BBB-Antrag zur Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Hospiz von allen Parteien mitgetragen werde.

Der BBB Antrag für eine kurzfristige behindertengerechte Herstellung der Geh- und Überwege habe aber bei den anderen Parteien kein Gehör gefunden. Aufgrund einer Nachfrage von Johannes Haas (BBB) versprach Stadtrat Ringel aber wenigsten die Verbesserung im Inneren Ring direkt am Zugang des Zebrastreifens zum REWE- Markt noch in diesem Jahr. „Der BBB wird sich auch weiterhin für eine Verbesserung der Gehwege zu Gunsten von Rollstuhlfahrern oder sonst in der Bewegung eingeschränkte Menschen einsetzen. Den Fortgang der baulichen Maßnahmen - insbesondere im Inneren Ring - werden wir im Auge behalten,“ so BBB-Stadtverordneter Franco Piscitello.

Der BBB unterstützt Anträge anderer Parteien zur Weiterbildung und Ausstattung für weitere Krippenplätze, eine Zuschusserhöhung für den Förderverein betreuender Grundschulen „Die Buntstifte“ sowie die Kooperation mit Nachbargemeinden. Auch dem Umbau des „Alten Rathauses“ und der „Spielhausgasse“ steht der BBB positiv gegenüber.

Die Forderungen der SPD nach Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes und die Anschaffung eines Busses als „Rollendes Jugendzentrum“ für die Stadtteile fanden weder die Zustimmung des BBB, noch eine Mehrheit im Ausschuss.

Auf Unverständnis stößt beim BBB die Einrichtung eines „Bürgerbüros“ im Rathaus, verbunden mit Kosten in Höhe von 300.000 EUR. „In der jetzigen finanziellen Situation der Stadt kann diese Forderung von BM Maibach sowie der CDU und SPD nicht nachvollzogen werden. Hier geht es wohl nur um die Einlösung eines Wahlversprechens des Bürgermeister gegenüber der SPD,“ stellt Joachim Rechholz fest.

Für eine längere Diskussion sorgte auch die Forderung der FDP nach „Kürzung aller Positionen des Ergebnishaushaltes um 10%“. Nach Nachfrage von Joachim Rechholz (BBB) bestätigte Horst Roepenack (FDP), dass hiermit auch Personaleinsparungen in dieser Größenordnung gemeint seien. „Obwohl Einsparungen notwendig sind und offensichtlich der Druck hierfür auf BM Maibach und Erstem Stadtrat Ringel zu erhöhen sei, kann der geforderte kurzfristige Abbau von 20 Mitarbeitern nicht der richtige Weg sein“, so Joachim Rechholz. Dies sah die Mehrheit der Ausschussmitglieder ebenso.